

Stellungnahme zum Haushalt 2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich möchte unsere Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf mal etwas anders beginnen:

Die SPD-Fraktion und seit 2017 die SPD/Wir-für-KW-Stadtfraktion hat seit 2015 insgesamt 25 Änderungsanträge zu den jeweiligen Haushaltsentwürfen gestellt. Damit haben wir unseren Gestaltungsanspruch für unsere Stadt deutlich gemacht. Ich will das zu recht rücken, da ja häufig behauptet wird, wir hätten erst seit dem Herbst 2017 das Anträge schreiben für uns entdeckt. Ich empfehle einen Blick auf unsere Internetseite, dort sind alle unsere Anträge seit 2012 nachlesbar.

In diesem Jahr haben wir das erste Mal seit 2015 auf Änderungsanträge zum Haushalt verzichtet! Das bedeutet natürlich nicht, dass wir unseren Gestaltungsanspruch aufgeben, aber wir sehen die Notwendigkeit den vor uns liegenden Herausforderungen im Ausbau der Bildungsinfrastruktur mit der Priorität zu versehen.

Unser Verzicht auf Änderungsanträge bedeutet aber keineswegs, dass wir zufrieden sind mit dem Haushaltsentwurf.

Die Lage ist mehr als angespannt! Herr Bürgermeister, Sie sind seit einem Jahr im Amt und der zweiten Haushalt den Sie uns vorlegen weißt ein Defizit im Ergebnishaushalt auf und plant eine Kreditaufnahme von 22 Millionen Euro.

Die Kreditaufnahme sehen wir mehr als kritisch, konterkariert sie die Leistungen und Anstrengungen der Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung, die Verschuldung der Stadt – die insbesondere aus einer schwierigen wirtschaftlichen Lage der WoBauGe Anfang der 2000er Jahre zurückzuführen war – sukzessive abzubauen. Das wird mit einem Federstrich zunichte gemacht.

Wir haben in diesem Jahr eine neue Kita-Satzung mit erheblichen Entlastungen der Kita-Beiträge beschlossen. Sie haben uns in den Beratungen dazu zum einen immer deutlich gemacht, dass nur der von Ihnen vorgeschlagene Weg der einzig rechtssichere Weg ist, zum anderen wurde uns dargestellt, dass die Mehrbelastung von jährlich 2,3 Millionen Euro finanzierbar wäre.

Beides war nicht richtig!

Das „Schönefelder Urteil“ hat gezeigt, dass eine so deutliche Reduzierung der Beiträge nicht notwendig gewesen wäre. Der

Haushaltplanentwurf zeigt uns, dass es eben nicht finanzierbar ist! Wir haben auf ihre Aussagen vertraut, und wir haben leider – mal wieder – Recht behalten mit unserer Skepsis.

Ich will das aber gleich klarstellen: Wir wollen die Satzung und die Regelungen zu den Beiträgen deshalb nicht ändern!

ABER

Der Spielraum für weitere Geschenke in Anbetracht der Kreditaufnahme von 22 Mio. € ist aus unserer Sicht nicht vorhanden!

Sie haben Themen in die Diskussion geworfen: Essensgeld, Anschlussbeiträge, kostenfreier ÖPNV für die Feuerwehr – alles Vorhaben, die finanziell nicht gedeckt sind.

Sie haben uns gebetsmühlenartig in mehreren Runden dazu angehalten den Fokus der Haushaltsplanung auf die Pflichtaufgaben zu stellen – ein ja durchaus nachvollziehbarer Wunsch, auch wenn wir schon der Meinung sind, deshalb alle anderen Aufgaben nicht liegen zu lassen, sondern auch im Blick zu behalten.

Deshalb hat es uns schon überrascht, dass Sie mit zusätzlichen 250.000 € die Ansätze für die kulturelle Betreuung und mit 200.000 € die Ansätze für Wirtschaftsförderung und damit die Ausgaben der freiwilligen Aufgaben um fast eine halbe Million erhöhen. Wir finden das mehr als bemerkenswert, dass die zusätzlichen Ausgaben für freiwillige Aufgaben bei einem defizitären Haushalt steigen. Die Erhöhung der Ausgaben für die freiwilligen Aufgaben sind nicht gedeckt!

Die Krone auf das alles setzt dann noch die Aussage des Kämmerers im Hauptausschuss auf, der sagt, die Ausgaben wären durch einen Zugriff auf die Rücklage gedeckt. Man stelle sich mal vor, wir hätten einen Änderungsantrag für zusätzliche Ausgaben bei freiwilligen Aufgaben gestellt und die Gegenfinanzierung so darstellt. Wir können uns hier alle ausmalen, was dann für eine Welle der Empörung von Ihnen und Teilen dieser Stadtverordnetenversammlung ausgegangen wäre.

Auf ein Thema möchten wir noch gesondert eingehen: Den Wasserturm in Niederlehme. Noch eine freiwillige Aufgabe.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf ist der Ansatz von 70.000 € für den Ankauf des Wasserturmes in Niederlehme vorgesehen.

Für die Nutzung liegt kein Konzept vor. Es gibt keine Kostenschätzung für notwendige Umbaumaßnahmen, erst Recht keine Aussage zu den sich daraus ergebenden Folgekosten und schon gar keine Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Das einzige was aus heutiger Sicht dafür sprechen würde den Turm auch ohne weiteres Nutzungskonzept zu kaufen, ist, dass wenn er im städtischen Eigentum steht darauf wenigstens keine Wahlplakate mehr angebracht werden könnten.

Deshalb lehnt unsere Fraktion mehrheitlich den Ankauf zum heutigen Tage ab.

Da wir heute aber nicht über den Ankauf, sondern nur über den Haushalt entscheiden, werden wir wegen des Wasserturmes unsere Zustimmung zum Haushalt nicht verweigern, da für den Ankauf als Grundstücksgeschäft sowieso noch ein gesonderter Beschluss erforderlich ist. Für die Transparenz unserer Bedenken beantragen wir jedoch die Aufnahme eines Sperrvermerks hinsichtlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Ankauf des Wasserturmes in Niederlehme. Darüber ist abzustimmen.

Die Fraktion wird dem Haushalt zwar mehrheitlich zustimmen. Das ist ein Vertrauensvorschuss. Aber wir werden genau begutachten, wie Sie den Haushalt weiterentwickeln und dies zur nächsten Haushaltsberatung auswerten. Dieser Haushalt, mit der Perspektive eines Haushaltssicherungskonzeptes ab 2022 – also quasi der Handlungsunfähigkeit der Stadt – ist ein schweres Erbe für die nächste SVV.

Abschließend der Dank an die Kämmerei für die ausführliche Vorbereitung – auch hier würden wir uns in Zukunft wünschen, dass der Kämmerer oder Mitarbeiter der Kämmerei, den Fraktionen für ihre Beratungen zur Verfügung stünden, damit wir viele offene Fragen vorab klären können und die Beratung in den Fachausschüssen damit entlasten.

Vielen Dank!